

MACHTWECHSEL IN DÜSSELDORF

Der Beginn der zweiten sozialliberalen Koalition 1966

1. Die sechste Landtagswahl

„Es war ein Wahlslogan, daß die CDU gesagt hat: ‚Meyers macht es!‘ und daß bei uns geantwortet worden ist: ‚Kühn macht es besser!‘ Ich halte nicht viel von solchen Formulierungen, weder von der ersten noch von der zweiten, und ich habe auch abgelehnt, die zweite zu unserer offiziellen Wahllosung zu machen.«

Heinz Kühn nach seiner ersten Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen am 8. Dezember 1966 in einem Rundfunkinterview. Einige Monate zuvor, am Abend des 10. Juli 1966, hatte ein anderer Politiker eingestehen müssen:

„Ich sage ganz offen, ich habe die Wahl verloren.“

Das war Franz Meyers, Ministerpräsident seit 1958, dem Jahr, in dem die CDU eine Woche nach dem plötzlichen Tod Karl Arnolds die absolute Mehrheit gewonnen hatte. Acht Jahre später, im Sommer 1966, war Meyers der klare Verlierer. Seine Partei, die 1958 104 der 200 Landtagsmandate errungen hatte, ging auf 86 Sitze zurück, während die SPD mit 99 Mandaten ihr bis dahin absolut bestes Ergebnis in die Scheuern fuhr. 1966 mußte die Union den Sozialdemokraten erstmals die Rolle der stärksten Fraktion überlassen. Folglich kam es in der konstituierenden Sitzung des sechsten Landtages am 25. Juli 1966 zu einer Kampfabstimmung. Zu Beginn der Sitzung, so sagte nach der Wahl des Ministerpräsidenten der sozialdemokratische Präsident John van Nes Ziegler, war festgestellt worden,

„ . . . daß der Landtag 200 Abgeordnete zählt und daß keiner dieser Abgeordneten zur heutigen Sitzung entschuldigt ist, 200 Abgeordnete also anwesend sind. Von diesen 200 Abgeordneten haben sich 200 an der Wahl beteiligt; abgegeben in der Urne ebenfalls 200 Wahlzettel. 200 Stimmen sind gültig. Von diesen 200 gültigen Stimmen entfielen auf den Abgeordneten Dr. Meyers 100 Stimmen, auf den Abgeordneten Kühn 99 Stimmen; eine Stimmenthaltung. Damit hat keiner der beiden Kandidaten die nach Artikel 52 Abs. 1 der Landesverfassung erforderliche Mehrheit, nämlich 101 Stimmen, erhalten. Der Wahlakt war somit ergebnislos.“

Der Landesvorsitzende der FDP, Willi Weyer, Innenminister seit 1962, hatte im Wahlkampf immer wieder erklärt, die Liberalen wollten eine Neuaufgabe der Koalition mit der CDU. Rein rechnerisch verfügten, als Kühn und Meyers als Ministerpräsidenten kandidierten, CDU und FDP aber nur über 101 Stimmen. Die eine Stimmenthaltung im ersten Wahlgang, die der Landtagspräsident feststellte, war vermutlich die Stimme eines Liberalen. Die Sozialdemokraten rechneten sich aus, in einem weiteren Wahlgang vielleicht noch eine Stimme aus dem Potential der FDP herauszubringen.

Wenn im ersten Wahlgang kein Ministerpräsident aus der Reihe der Abgeordneten gewählt ist, hat nach Artikel 52 Abs. 2 der Landesverfassung innerhalb von vierzehn Tagen eine

zweite Wahl zu erfolgen. Dieses Mal einigte man sich darauf, den zweiten Wahlgang unmittelbar auf den ersten folgen zu lassen. Dessen Ergebnis verkündete Landtagspräsident van Nes Ziegler so:

„Wie beim ersten Wahlgang haben sich 200 Abgeordnete an der Wahl beteiligt. Die Zahl der abgegebenen Stimmzettel beträgt ebenfalls 200. Von diesen 200 abgegebenen Stimmen entfielen auf den Abgeordneten Dr. Meyers 100 Stimmen und auf den Abgeordneten Kühn 99 Stimmen bei einer Stimmenthaltung.“

Das war also gegenüber dem ersten Wahlgang keine Veränderung. Dennoch entschied der Landtagspräsident: „Damit ist Herr Abgeordneter Meyers mit Mehrheit gewählt.“ Zur Begründung sagte der Jurist van Nes Ziegler:

„Die Abstimmungsmehrheit ist die Mehrheit der tatsächlichen abgegebenen Stimmen . . . Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet. Stimmenthaltung und ungültige Stimmen zählen bei der Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, nicht aber bei der Berechnung der Mehrheit.“

Einen Tag später, am 26. Juli 1966, stellte Franz Meyers dem Landtag sein drittes Kabinett vor. Zwar hatte der Rechtsanwalt aus Mönchengladbach die Wahl vom 10. Juli eindeutig verloren und dies auch in allem Freimut eingestanden. Aber noch einmal konnte er mit Hilfe der Liberalen eine konservativ-liberale Regierung bilden. Wahlanalysen haben damals festgestellt, der eigentliche Verlierer der Landtagswahlen sei jedoch nicht Meyers, sondern Bundeskanzler Erhard gewesen. Zwar antwortete Meyers in einem WDR-Interview in der Wahlnacht auf eine entsprechende Frage:

„Hören Sie mal, ich bin ein alter Sportler; wenn ich verliere, suche ich nicht bei einem dritten den Grund, sondern nehme den Grund auf mich selbst.“

Aber auch Historiker führen die Wahlniederlage der Landes-CDU 1966 wesentlich auf mangelnde Führungsfähigkeiten des christdemokratischen Bundeskanzlers zurück. Gerhard Brunn schreibt: „In der CDU wurde der Rückgang der Wählerstimmen um 3,6 % als eine schlimme Niederlage vor allem für die Bundesebene empfunden. Schon meinte man, der Genosse Trend habe Siebenmeilenstiefel angezogen, und bald werde die CDU in der sozialdemokratischen Springflut untergehen. Die Niederlage lastete man dem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Ludwig Erhard an, dem es zur Erbitterung der Meyers-Regierung nicht gelungen war, eine überzeugende Wirtschaftspolitik für die Problembereiche in Nordrhein-Westfalen vorzulegen.“

Erhard war im Herbst 1963 gegen den Widerstand seines Vorgängers Konrad Adenauer Regierungschef in Bonn geworden, und seine Kanzlerschaft stand von Anfang an unter einem unglücklichen Stern. Einst als Architekt des Wirtschaftswunders gepriesen, bekam er die erste schwere ökonomische Krise seit der Bildung der Bundesrepublik nicht unter Kontrolle. Gerade im industriellen Kernland Nordrhein-Westfalen spitzten sich die Krisenerscheinungen zu. Schwarze Fahnen wehten an der Ruhr, Zechen mußten geschlossen werden, und unter vielen Hochöfen gingen die Feuer aus. Die von Erhard immer wieder beschworenen selbstheilenden Marktmechanismen versagten jedoch, staatlichen Eingriffen stand der Apostel der sozialen Marktwirtschaft aber ablehnend gegenüber. Die Folge war Massenarbeitslosigkeit insbesondere an Rhein und Ruhr. Hinzu kam eine Wohnungspolitik, die vielfach als unsozial empfunden wurde. Kurz vor der Wahl waren zahlreiche Kreise und Städte zu »Weißen Kreisen« bestimmt worden, in denen die Mietpreisbindung entfiel. Die Folgen dieser Politik

der Bonner CDU-FDP-Koalition hatte Meyers auszubaden. In seiner Regierungserklärung am 26. Juli 1966 sagte er:

„Spätestens durch die Auseinandersetzung in dem hinter uns liegenden Wahlkampf ist den Bürgern dieses Landes klargeworden, daß ein neuer Abschnitt unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens begonnen hat . . . In Nordrhein-Westfalen vollzieht sich ein wirtschaftlicher und sozialer Umbruch. Offenkundig ist dies im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Dieser Umbruch ist jedoch keineswegs auf das industrielle Herzstück des Landes begrenzt; vielmehr hat er alle Teile des Landes und fast alle Bereiche seiner Wirtschaft ergriffen . . . Es ist verständlich, daß angesichts der derzeitigen strukturellen Veränderungen im Gefüge der Wirtschaft unseres Landes sich mancher Kreise unserer Bevölkerung eine Unruhe über diesen ungewohnten und für sich noch nicht überschaubaren Wandlungsprozeß bemächtigt hat . . . Hier wird aber ein . . . entscheidender Unterschied zwischen den Jahren 1946 und 1966 deutlich. Damals ging es, für jedermann erkennbar und von jedermann bejaht, um den Wiederaufbau des einst Vorhandenen und durch den Krieg Zerstörten; Weg und Ziel waren also deutlich vorgezeichnet. Heute dagegen besteht die wichtigste landespolitische Aufgabe darin, nicht das Bestehende um jeden Preis zu erhalten, sondern dafür Sorge zu tragen, daß die umfassenden technisch-wissenschaftlichen Möglichkeiten zum Besten des Landes genutzt werden . . . Unsere Zeit trägt ausgeprägter denn je die Züge und Merkmale einer Gesellschaft, die einem ständigen Wandel unterworfen ist, einer Gesellschaft, in der es keine festgefügte und allgemein verbindliche Ordnung mehr gibt.“

Mit dieser Regierungserklärung, seiner letzten, hatte Meyers wesentliche Probleme des Landes Nordrhein-Westfalen angesprochen. Er war 1958 Ministerpräsident geworden und zunächst auch erfolgreich gewesen. Acht Jahre später, auf dem Höhepunkt der ersten Kohlekrise, war das Vertrauen der Bevölkerung in den Wahlkampfslogan „Meyers macht es“ geschwunden, auch wenn dieser zunächst noch einmal die Regierung bilden konnte. Kaum ein halbes Jahr später, Anfang Dezember, kam es zum Regierungssturz, und der Sozialdemokrat Kühn wurde neuer Regierungschef.

2. Erhard ohne Liberale

In gewachsenen Demokratien gehören Regierungswechsel ebenso zur Normalität wie ein Regierungssturz. Anders in der Bundesrepublik mit ihrer vergleichsweise kurzen Tradition. Deshalb war es ein spektakulärer Vorgang, als Ministerpräsident Arnold im Februar 1956, mitten in der dritten Wahlperiode des Landtags, durch die erstmalige Anwendung des konstruktiven Mißtrauensvotums gestürzt wurde. Die Mehrheit der sozialliberalen Koalition wählte den Sozialdemokraten Fritz Steinhoff zum Ministerpräsidenten, der mit dem Liberalen Willi Weyer als Finanzminister eine neue Regierung bildete.

Die Ursachen für diesen Regierungswechsel lagen allerdings nicht in der Landespolitik. Bundespolitische Gründe hatten den „Jungtürken“-Aufstand einer Gruppe junger FDP-Politiker ausgelöst, die sich um Wolfgang Döring scharten und zu denen neben Weyer auch Walter Scheel zählte. Bundeskanzler Adenauer plante Ende 1955 eine Änderung des Bundeswahlgesetzes, die einseitig zu Lasten der FDP gegangen wäre und zu ihrem Ausscheiden aus

den Parlamenten geführt hätte. Arnold, dem Bundeskanzler nicht gerade in herzlicher Freundschaft verbunden, versuchte zwar, Adenauer von seinen Plänen abzubringen, hatte damit aber zu spät Erfolg, da sein Sturz für SPD und FDP bereits beschlossene Sache war. Am 20. Februar 1956 wurde er vollzogen. Arnold erklärte im Landtag:

„Auch ich finde keinen echten landespolitischen Grund, warum Sie dieser Regierung das Mißtrauen aussprechen wollen. Ich habe den Eindruck, daß hier eine Schlacht in einem falschen Saal geführt wird.“

Dieses erste konstruktive Mißtrauensvotum erregte zwar auch international beträchtliches Aufsehen, blieb aber letztlich Episode. Schon zwei Jahre später, bei der nächsten turnusmäßigen Neuwahl 1958, wurde die Union stärkste Partei und wählte mit ihrer absoluten Mehrheit den kurzfristig nach dem Tod Arnolds eingesprungenen Spitzenkandidaten Meyers zum Ministerpräsidenten. Aber 1962 ging der CDU die absolute Mehrheit wieder verloren. Meyers mußte eine Koalition mit der FDP eingehen. 1966, wiederum vier Jahre später, kam es zu einer Neuauflage dieser Koalition, obwohl die SPD aus den Wahlen vom 10. Juli als stärkste Fraktion hervorgegangen war und die Union gegenüber 1962 zehn, gegenüber 1958 sogar 18 Sitze eingebüßt hatte, während sich die Liberalen um einen auf 15 Sitze verbessern konnten. Zum ersten Mal hatte nahezu jeder zweite Wähler in Nordrhein-Westfalen sozialdemokratisch gewählt. Von den 51 Wahlkreisen im Ruhrgebiet fielen 49 an den SPD-Kandidaten, und in 81 von insgesamt 150 Wahlkreisen hatten die Sozialdemokraten absolute Mehrheiten errungen, darunter auch in 29 von 71 ländlichen Wahlkreisen, bis dahin traditionellen Hochburgen der Union. Schon 1962 erzielte die SPD in Nordrhein-Westfalen ihr bis dahin bestes Wahlergebnis, 1966 befand sie sich weiter im Aufwind. Auf die vor allem bundespolitische Ursache dafür ging Kühn als Oppositionsführer in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des wiedergewählten Regierungschefs Franz Meyers ein:

„Was hier seinen Ausdruck gefunden hat, ist nicht ein einmaliger Vorgang, nicht ein singuläres Ereignis, sondern ein Ergebnis des Wandels im politischen Bewußtsein eines wachsenden Teils unserer Mitbürger, die die SPD als eine fortschrittliche, moderne Volkspartei erkennen, mit geistig weiter Architektur und sozial breiter Struktur, eine moderne Volkspartei, die niemand mehr weltanschaulich verketzern, nationalpolitisch verteufeln oder gesellschaftlich verfemen kann. Gewiß hat unser Wahlsieg über diese grundsätzliche gesellschaftspolitische Bedeutung hinaus seinen Grund in den besonderen Versäumnissen und Fehlern der CDU/FDP-Koalitionsregierungen in Bonn und Düsseldorf, wobei ich es der innerparteilichen Diskussion der CDU überlassen möchte, in welchem Prozentverhältnis sie das auf Erhard und Meyers aufzuteilen wünscht . . . Ich für meinen Teil bin dabei gern bereit zuzugeben, daß es mehr die Niederlage Erhards als die Niederlage von Meyers war und daß dieser mit einer ritterlichen Geste in der Wahlnacht ein Ergebnis auf sich genommen hat, das er nach meinem Urteil zu einem geringeren Teil zu tragen hat.“

Wie nach Wahlen üblich, die keine klaren politischen Mehrheitsverhältnisse ergeben, hatten die Parteien Mitte Juli Verhandlungen miteinander aufgenommen, von denen Kühn sagte, die Union habe

„unter dem Schock der Niederlage durch ihre Sprecher ganz offiziell erklärt, die Wahl sei ein Sieg und ein Regierungsauftrag an die SPD.“

Die SPD hatte der Union nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bereits 1962 ein Bündnis,

also eine Große Koalition, angeboten. Vier Jahre später rekapitulierte Kühn in der Aussprache über die Regierungserklärung:

„Damals hatten wir bei einem Stärkeverhältnis von 96 zu 90 Sitzen ein Ministerverhältnis von sechs zu vier angeboten; 96 CDU-Abgeordnete sollten sechs Minister stellen, 90 SPD-Abgeordnete vier Minister. Heute haben wir nach dem Ergebnis des 10. Juli, um diesem Lande eine breite parlamentarische Ebene für eine konstruktive Regierungspolitik zu ermöglichen, bei einem Verhältnis von 99 SPD- zu 86 CDU-Abgeordneten ein Ministerverhältnis von fünf zu fünf angeboten.“

Zu ernsthaften Verhandlungen kam es jedoch nicht, weshalb Kühn vor dem Landtagsplenum feststellte:

„Es ging Ihnen . . . darum, schnell die Beute der Ministersessel in die politischen Schlupfwinkel der Koalition der Geschlagenen zu bringen. Und es ging Ihnen darum – und ich billige Ihnen zu, daß Ihnen das sogar das übergeordnete Ziel war –, mit noch so wechselnden Argumentationen die SPD in das Getto einer permanenten Opposition und aus der Regierung auszusperrten. Das Wesen der Koalition, die Sie geschlossen haben, ist eine Sperrkoalition gegen die SPD.“

Diese Analyse stimmt. Nur sind politische Analyse und tagespolitische Entwicklungen nicht immer deckungsgleich. Genau dies war die Situation im Sommer 1966. Schon vor der Wahl war zwischen CDU und FDP eine Neuauflage der Koalition verabredet worden. Auch hatte der Landesvorsitzende der FDP, Weyer, keinen Zweifel daran gelassen, daß die Liberalen in die Opposition gehen würden, wenn es zu einer Großen Koalition aus CDU und SPD käme. Noch in der Wahlnacht sagte er:

„Ja, für den Fall einer rot-schwarzen Koalition würde ich in die Opposition gehen, weil ich kein Freund einer Allparteienregierung bin.“

Das Wahlergebnis von 1966 erlaubte durchaus die Neuauflage der konservativ-liberalen Koalition unter Franz Meyers, wenn diese auch nur die kleinste mögliche Mehrheit von einer Stimme hatte. Alternativen wären eine SPD-Minderheitsregierung oder aber ein Bündnis von SPD und CDU, also der Gewinner und der Verlierer, gewesen. Eine sozialliberale Koalition, wie sie es in Düsseldorf erstmals 1956 gegeben hatte, stand zunächst noch nicht zur Debatte. Die Regierung Meyers/Weyer wurde dennoch neuaufgelegt. Aber sie diente der Stabilisierung einer anderen Koalition, nämlich der CDU-FDP-Regierung in Bonn.

Ludwig Erhard, der in der Mitte der vierten Wahlperiode des Bundestages, am 16. Oktober 1963, gegen den langanhaltenden Widerstand seines Vorgängers Adenauer Kanzler geworden war, hatte den Stimmenanteil der Unionspartei bei den Bundestagswahlen 1965 zwar um 2,3 Punkte auf 47,6 Prozent verbessern können, und das war das zweitbeste Ergebnis der Unionsparteien seit 1949. Aber er erwies sich als Kanzler ohne Fortüne. Die Wahlniederlage der Union in Nordrhein-Westfalen, dem Land mit den größten wirtschaftlichen Problemen, weil sich hier Kohlebergbau und Textilindustrie konzentrierten, wurde vor allem als Niederlage Erhards begriffen und interpretiert. Dieser erklärte zwar, er klebe nicht an seinem Sessel, war aber dennoch nicht bereit, zurückzutreten. Und die FDP befürchtete, in den Strudel der Erhard-Krise gezogen zu werden; sie bangte um ihren Bestand.

Drei Monate nach der Nordrhein-Westfalen-Wahl, am 27. Oktober 1966, kündigten die Liberalen die Bonner Koalition mit den Unionsparteien auf. Vordergründig wurden dafür Haushaltsprobleme genannt. Fast täglich gab es Meldungen über eine wachsende Staatsver-

schuldung. Am 17. Oktober kam noch die Nachricht hinzu, daß die Steuereinnahmen um eine Milliarde Mark niedriger ausfallen würden als von der Bundesregierung geschätzt. Die wirklichen Gründe für den Austritt der Liberalen aus der Bundesregierung lagen aber tiefer. Für die Liberalen stellte sich im Herbst 1966 die Frage nach ihrem Überleben. Wie 1962, als sie auf dem Höhepunkt der „Spiegel-Krise“ das letzte Kabinett Adenauer verließen, hofften sie in der Distanz zur regierenden Mehrheitspartei CDU ihre Existenz zu sichern. Der Bundesvorsitzende Erich Mende, Vizekanzler und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen im zweiten Kabinett Erhard, begründete den Austritt aus der Regierung so:

„Nach Auffassung des Bundeshauptausschusses war dieser Schritt unvermeidlich, weil die Parteikrise der CDU die Regierungsarbeit mehr und mehr lähmte und eine Ordnung der Staatsaufgaben nach ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit unmöglich machte. Die CDU sucht den Ausweg in Steuererhöhungen, die die Stabilität unserer Währung und die Sicherheit der Arbeitsplätze gefährden . . . Nach Auffassung des Hauptausschusses braucht Deutschland eine Politik, die den veränderten Verhältnissen im innen- und außenpolitischen Bereich gerecht wird und damit notwendige Entscheidungen auf dem Gebiete der Deutschlandpolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik sowie für die Ordnung der Staatsfinanzen als Voraussetzung für die Stabilität des Geldwertes ermöglichen.“

Zwar fanden die Liberalen keine Mehrheit für ihre Politik, aber ihr Austritt aus der Bundesregierung war der Anfang vom Ende der Kanzlerschaft Erhards, der am 30. November 1966 zum Rücktritt gezwungen wurde. Einen Tag später, am 1. Dezember, wählte der Bundestag Kurt Georg Kiesinger, bis dahin Ministerpräsident von Baden-Württemberg, zum Bundeskanzler und Chef einer Großen Koalition aus CDU und SPD, in der der SPD-Vorsitzende Willy Brandt Vizekanzler und Außenminister wurde.

Die drei Jahre der Großen Koalition in Bonn stellten die Demokratie in der Bundesrepublik auf den Prüfstand. Es waren die Jahre der Notstandsgesetzgebung und der Studentenproteste. Das 1965 um 17 auf 50 Mitglieder geschrumpfte Fähnlein der Liberalen war zu einer effektiven Kontrolle der Regierungsarbeit im Bundestag nicht fähig. Schon im Vorfeld der Großen Koalition in Bonn wurde in der politischen Öffentlichkeit immer wieder von den „kommunizierenden Röhren“ zwischen Bonn und Düsseldorf gesprochen. Hinter dieser Floskel verbarg sich die Auffassung, der Bund und das der Einwohnerzahl nach größte Bundesland müßten im Gleichklang regiert werden, also von gleichen politischen Konstellationen. Absichten für die Bildung einer Großen Koalition auch in Düsseldorf hatte es bereits 1966 gegeben. Sie konnten jedoch nicht realisiert werden. Vor der Folie der dramatischen Ereignisse in Bonn und im Bund gewannen solche Überlegungen nun auch in Düsseldorf wieder Raum. Aber es kam dann ganz anders.

3. Der zweite Regierungssturz in Düsseldorf

„Ich glaube, der 10. Juli ist ein Wendepunkt in der innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik.“

So Willy Brandt am Abend des 10. Juli 1966 in einem Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk. An diesem Wahltag war seine Partei mit 99 von 200 Mandaten erstmals stärkste Fraktion im Landtag geworden, Grund genug für den zweimal als Kanzlerkandidat gescheiter-

ten damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, in der Wahlnacht Selbstbewußtsein zu zeigen. Auch Heinz Kühn, der 1962 aus Bonn in die Landespolitik zurückgekehrt war, gab sich selbstbewußt. Zwei Tage nach der Wahl erklärte er in einem Rundfunkgespräch:

„Ich glaube, daß es immer die Aufgabe der Politik ist, den Wählerwillen zu vollziehen . . .

Der Wählerwille hat ganz eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß er die sozialdemokratische Partei als die führende Kraft im Parlament sehen will . . . Das ist also eine ganz klare Entscheidung. Es wird jetzt darüber verhandelt werden müssen.“

Dieser 10. Juli 1966 markierte zwar eine Wende in der deutschen Innenpolitik, aber er war noch nicht der Wendepunkt, als den ihn Brandt bezeichnete. Zur Stabilisierung der kriselnden Koalition aus CDU/CSU und FDP in Bonn und zur Stützung des angeschlagenen Bundeskanzlers wurde auch in Düsseldorf zunächst noch einmal die konservativ-liberale Koalition unter Ministerpräsident Meyers erneuert. Daß bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vor allem die wachsende Arbeitslosigkeit und das Zechensterben an der Ruhr den Rückgang der Zahl der Unionsstimmen verursachten, erklärte Meyers noch am Wahlabend im Rundfunk so:

„Im Ruhrgebiet führe ich das darauf zurück, daß man der Bevölkerung eine Malaise vorexerziert, die überhaupt nicht da ist, eine Malaise, die dem Menschen Existenzangst macht. Und wer Existenzangst hat – das ist ein bewährtes Muster –, der sagt: Das woll'n wir mal sehen; die können's offensichtlich nicht, nehmen wie die anderen.“

Aber schon ein Blick auf die Arbeitslosenstatistik zeigt, daß Meyers hier an der Realität vorbei argumentiert hat. Bis Anfang der sechziger Jahre wies Nordrhein-Westfalen eine deutlich niedrigere Arbeitslosenquote auf als im Bundesdurchschnitt. Dann kippte die Entwicklung um, und das Land lag über dem Bundesdurchschnitt, der 1967 1,6 Prozent betrug. In Nordrhein-Westfalen zählte man schon gegen 1,9 und im Ruhrgebiet sogar drei Prozent Arbeitslose. Diese drei Prozent bewertete der Kanzler, der nicht müde geworden war, Vollbeschäftigung zu beschwören und zu versprechen, als ein ernstes Krisensymptom. Tatsächlich wurden in den zehn Jahren bis 1967 im deutschen Steinkohlebergbau 62 Zechen mit einer Jahresförderung von 35 Millionen Tonnen stillgelegt. Trotzdem wuchsen die Kohlehalde bis 1966 auf mehr als 20 Millionen Tonnen. Hinzu kamen noch fast vier Millionen Tonnen, die von der „Notgemeinschaft Deutscher Kohlebergbau“ revierfern gelagert werden mußten, weil es an der Ruhr keine Flächen mehr gab. Die Kohle hatte den Wettlauf gegen das billige Erdöl verloren. Und mit der Kohle gerieten auch Zuliefererfirmen und dann die Stahlkonzerne in die Krise.

Am 8. Dezember 1966 gab im Düsseldorfer Landtag Präsident van Nes Ziegler das Ergebnis einer geheimen Abstimmung bekannt:

„Die Zahl der abgegebenen Stimmzettel beträgt 197, alle 197 Stimmzettel sind gültig. Mit Ja stimmten 112 Abgeordnete, mit Nein 85 Abgeordnete, keine Stimmenthaltung. Damit ist Herr Abgeordneter Kühn mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt.“

Schon fünf Monate zuvor, am Abend der Landtagswahl, hatte Kühn in einem WDR-Interview den Anspruch der SPD angemeldet, an der Regierung beteiligt zu werden:

„Die Frage ist, ob die bisherigen Partner den Versuch machen wollen, in der ja von Schwierigkeiten nicht freien Situation unseres Landes mit 101 Stimmen gegen 99 regieren zu wollen.“

Die SPD war zwar zur stärksten Partei geworden, besaß aber keinen Partner, der ihr die zur Mehrheit erforderlichen zwei Stimmen im Parlament verschaffen konnte. Theoretisch wäre eine Minderheitsregierung der SPD möglich gewesen, aber Kühn sagte unmittelbar nach der Wahl:

„Ich würde ein Minderheitskabinett für eine unglückliche Lösung halten und auch für eine Desertion aus der Verantwortung. Es gibt natürlich bestimmte Strömungen, die also sagen: lassen wir die Sozialdemokraten als Minderheit regieren und tolerieren wir sie dabei – auf Zeit. Wer der Meinung ist, daß die Sozialdemokraten regieren sollen, der soll, um die Mehrheit im Parlament herzustellen, sein Teil dann auch mittragen, ob das die FDP ist, ob das die CDU ist.“

Aber weder FDP noch CDU waren im Sommer zu einer Koalition mit den Sozialdemokraten bereit. Auch Kühn und Meyers lehnten es ab, in einer vom anderen geführten Regierung ein Ministeramt zu übernehmen. Bei Kühn hatte das so geklungen:

„Das ist ganz unmöglich – nicht etwa, weil ich Herrn Meyers persönlich nicht respektiere. Es hat in diesem Wahlkampf von mir aus keine seinen Persönlichkeitswert einschränkende Bemerkung gegeben. Aber man kann nicht dem Repräsentanten der 99 zumuten, unter dem der 86 den zweiten Mann zu spielen. Das würde eine Verfälschung des Wählerwillens sein.“

Meyers erklärte noch in der Wahlnacht:

„An einer Regierung unter einem Ministerpräsidenten Kühn nehme ich nicht teil.“

Auch der Landesvorsitzende der Freien Demokraten, Willi Weyer, beteuerte in der Wahlnacht, er werde nicht als Minister in eine SPD-geführte Regierung gehen.

Gewiß hätte der sozialdemokratische Oppositionsführer Kühn nach der Wahl vom Sommer 1966 gern eine Große Koalition gebildet. Es gab auch Sondierungsgespräche mit den Christdemokraten, vor allem mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Lenz, wie Kühn ein Kölner. Aber diese Gespräche führten zu keinem Ergebnis. Die Bundesparteien von CDU und FDP drängten vielmehr auf eine Neuauflage des konservativ-liberalen Bündnisses in Düsseldorf, um die gleichgeartete Koalition in Bonn zu stützen. Als Meyers mit den Stimmen von CDU und FDP als Ministerpräsident wiedergewählt war, mußte die stärkste Partei, die SPD, die nur knapp die absolute Mehrheit der Sitze verfehlt hatte, wieder auf den harten Oppositionsbänken Platz nehmen. Lange Zeit blieben sie dort jedoch nicht sitzen. Die „Koalition der Verlierer“ hielt nur wenige Monate, auch wenn Meyers und Weyer nicht müde wurden, deren Stabilität zu betonen und zu beschwören. Allerdings gab es in der CDU auch Kräfte auf dem Arbeitnehmerflügel, die lieber ein Regierungsbündnis mit der SPD gesehen hätten. Gerhard Brunn, dem wie anderen Historikern noch nicht alle Quellen zur Verfügung stehen, schreibt: „Wie weit bei den nach der parlamentarischen Sommerpause beginnenden, noch verdeckten Gesprächen politische Nähe, persönlicher Ehrgeiz, die Hoffnung auf Ministerposten oder die von der SPD geschürte Furcht ausschlaggebend gewesen ist, die Landes-CDU könne in den Strudel der Bundes-CDU hineingerissen werden, läßt sich nach den vorliegenden Quellen nicht abwägen. Aber Gespräche fanden statt, heimlich, hinter dem Rücken des Ministerpräsidenten.“

Hinter dem Rücken von Meyers sprach Lenz mit Kühn, und auch der sozialdemokratische Landtagspräsident war mit von der Partie. Da kündigte in Bonn die FDP am 27. Oktober die Koalition mit der CDU/CSU auf. In der Regierung zunächst mit Adenauer, dann mit Erhard

hatte die Partei ihre Identität verloren. Auch in Nordrhein-Westfalen besaß sie kein eindeutiges Profil mehr, zumal ihr langjähriger Landesvorsitzender Friedrich Middelhaue es zugelassen hatte, daß alte Nazis Schlüsselfunktionen in der Landespartei übernommen hatten. Bis zu den Wahlen des 10. Juli 1966 hatte die FDP immer wieder erklärt, auf keinen Fall eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingehen zu wollen. Aber das Ende des konservativ-liberalen Bündnisses und der Beginn der Großen Koalition in Bonn änderten auch für Düsseldorf die Geschäftsgrundlage. Zwar strebte Kühn ebenfalls eine Große Koalition an, aber der innerparteiliche Widerstand war zu groß. Obwohl immer wieder von den kommunizierenden Röhren zwischen Bonn und Düsseldorf gesprochen wurde, drängten viele seiner Parteifreunde, die die Kröte „Große Koalition“ nur widerwillig geschluckt hatten, Kühn dazu, ein Bündnis mit der FDP einzugehen, um in Düsseldorf ein Gegengewicht gegen die Bonner Konstellation zu schaffen.

4. Anspruch und Realität

„Die neue Landesregierung, die heute vor diesem Hohen Hause in ihrer Regierungserklärung darzulegen beabsichtigt, welche Schwerpunkte sie ihrer Regierungsarbeit zu geben gewillt ist, versteht sich als das Bündnis der politischen Kräfte, die ihren Auftrag zur Regierungsbildung auf die Wahl des 10. Juli 1966 gründen.“

So hieß es in der ersten Regierungserklärung, die der neue Ministerpräsident Kühn am 13. Dezember 1966 abgab.

„SPD und FDP sind diese Koalition in der festen Absicht eingegangen, in loyaler und für die Dauer der Legislaturperiode gefügter Zusammenarbeit das Land durch eine schwere Zeit wirtschaftlicher Bedrängnis und struktureller Umstellungen in eine gesicherte Zukunft zu führen.“

Vor der Frage nach der gesicherten Zukunft hatte landespolitisch entschieden werden müssen, in welcher Zusammensetzung weiter regiert werden sollte. Noch bevor in Bonn die Große Koalition aus der Taufe gehoben wurde, war in Düsseldorf über die Bildung einer SPD-Minderheitsregierung, aber auch über eine Große Koalition von SPD und CDU verhandelt worden. Für die CDU resümierte Wilhelm Lenz am 1. August 1966 das Ergebnis der Gespräche so:

„Es trifft zu, daß die SPD in dieser Verhandlung eine Große Koalition zu Konditionen angeboten hat, die aufhorchen lassen mußten. Ich habe damals den Eindruck gewonnen, daß die SPD alles daransetzte und alles zu tun bereit war, um mit in die Regierung zu kommen, und zwar sogar mit Hilfe der CDU. Ich hatte den Eindruck . . ., daß die SPD bereit war, auf ihre Gegnerschaft zur CDU – scheinbar oder anscheinend, das muß ich offenlassen – zu verzichten, auch auf die Gegnerschaft zur CDU in Bonn.“

Lenz stellte die Verhandlungen mit der SPD so dar, als ob die Union schließlich unter staatspolitischen Gesichtspunkten auf ein Bündnis mit den Sozialdemokraten verzichtete, weil dann 185 Abgeordnete von CDU und SPD nur einer Opposition von 15 Liberalen gegenübergestanden hätten. Dabei zitierte er auch eine Bemerkung des Staatsrechtlers Theodor Eschenberg, nach der eine parlamentarisch mögliche Minderheitsregierung der SPD nur eine

„Große Halbkoalition“ sein könnte, also eine Regierung, die zwangsläufig auf die Tolerierung der zweitstärksten Partei, der CDU, angewiesen sei.

Heinz Kühn faßte das Koalitionsangebot der Sozialdemokraten an die CDU später im Parlament so zusammen:

„Es war das großzügigste Angebot in der parlamentarischen Geschichte der Koalitionsbildung, das wir Ihnen nach dem 10. Juli gemacht haben. Es sei noch einmal zurückerinnert: Ministerverhältnis 5 : 5, im Bundesrat die Zusicherung, daß die Stimmen des Landes Nordrhein-Westfalen nicht benutzt würden, um die Regierung Erhard auszuhebeln, wie ich es damals genannt habe. Und es gab das Angebot . . . , das Problem des bis dahin im Amt befindlichen Ministerpräsidenten auf eine Weise zu lösen, die auch ihn befriedigen konnte . . . Wir haben damals angeboten – obwohl dies nicht leicht war und eigentlich mit der Frage der Regierungsbildung nichts zu tun hatte –, für Herrn Dr. Meyers das Amt des Landtagspräsidenten, das der stärksten Fraktion zusteht, zur Verfügung zu stellen. Das war ein großzügiges Koalitionsangebot. Es hat nicht wenig Freunde gegeben, die mir darob den Vorwurf glaubten machen zu müssen, daß dies den Sieg verspielen hieße, den wir am 10. Juli erfochten hatten.“

Aber die Union ging auf das Koalitionsangebot nicht ein, weil die Bonner Regierung unter Ludwig Erhard durch eine gleichgeartete Koalition in Düsseldorf stabilisiert werden sollte. Nach dem Sturz von Erhard und der Wahl von Kiesinger zum Bundeskanzler einer Großen Koalition in Bonn standen dann auch für Düsseldorf die Zeichen anders. Es wurden neue Verhandlungen zwischen den Parteien aufgenommen, und insbesondere auf dem linken Flügel der CDU wurde ein Bündnis mit den Sozialdemokraten favorisiert, für das auch Kühn selbst eintrat. Bei einer Probeabstimmung in der SPD-Fraktion am 1. Dezember stimmten jedoch nur 21 der 99 Abgeordneten für eine Kooperation mit der CDU; die Mehrheit dagegen war für ein Bündnis mit den Liberalen. Walter Först schreibt: „Das geschah unmittelbar nach der Etablierung der Großen Koalition in Bonn. Schon als sich diese abzeichnete, hatte der Druck auf die Düsseldorf SPD-Fraktion eingesetzt, doch nicht im Land mit einer Partei die Regierung zu bilden, die im Bund Franz-Josef-Strauß und Willy Brandt gleichzeitig zu Minister machte, eine Lösung, die allerdings die Bundestagsfraktion der SPD mit zu verantworten hatte.“

So wurden Bonn und die Große Koalition kein Modell für Düsseldorf, wohl aber die zweite sozialliberale Koalition in Nordrhein-Westfalen ein Vorbild für den Bund, wo die Unionsparteien 1969, nach 20 Jahren Regierungsverantwortung, erstmals die Regierungs- mit den Oppositionsbänken tauschen mußten. Erhard war in Bonn vor allem gestürzt worden, weil er die erste wirtschaftliche Rezession der Republik nicht hatte meistern können. Und Nordrhein-Westfalen war von diesem Abschwung besonders betroffen, weshalb Kühn in seiner ersten Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 feststellte:

„Die Landesregierung übernimmt die Verantwortung für dieses Land in einer schweren Zeit. Sie steht nicht mehr in der Gunst raschen Wirtschaftswachstums. Die industrielle Expansion ist seit Monaten unterbrochen.“

Kühn führte nicht nur rapide gesunkene Steuereinnahmen als Grund für die wirtschaftliche Misere des Landes an. Er nannte als eine Hauptursache auch die Krise des Bergbaus. Noch dramatischer als Kühn diese Situation in seiner Regierungserklärung schilderte, klang dies einige Monate später, als er und der Vorsitzende der Industrie-Gewerkschaft Bergbau und

Energie, Walter Arendt, in Dortmund-Huckarde vor 12 000 demonstrierenden Bergarbeitern der von der Stilllegung bedrohten Zechen Pluto und Hansa sprachen. Kühn sagte vor den Bergleuten auf dem Huckarder Marktplatz:

„Ich habe gewußt, welche Erbitterung mir auf diesem Platz entgegenströmen wird. Man hat mir gesagt: Geh nicht hin! Aber Ihr könnt gegen mich sagen, was Ihr wollt, ein Feigling bin ich nicht. Ich habe auf diesem Platz in guten Tagen mit Euch gestanden, und ich stehe auch jetzt hier, wo Ihr von tiefer Existenzsorge erfüllt seid, um Euren Arbeitsplatz, um Eure Familien, um Eure Kinder. Ich stehe hier gemeinsam mit Euch, um meine Stimme zu erheben nach Bonn, wo die Entscheidung über die Wirtschaftspolitik und die Energiepolitik fällt. Wir brauchen keine Worte über flankierende Maßnahmen, wir brauchen von Bonn Handlungen mit effektiven wirksamen Maßnahmen.“

Schließlich gelang es der Regierung Kühn/Weyer im Verein mit dem Bund, einen chaotischen Zusammenbruch des Steinkohlebergbaus an der Ruhr zu verhindern. Im November 1968 kam es zur Gründung der Ruhrkohle Aktiengesellschaft, in der 51 Zechenbetriebe zusammengeschlossen wurden, um eine einheitliche Kohlepolitik einzuleiten. Zwar war die Einheitsgesellschaft nur durch staatliche Subventionen lebensfähig. Aber ohne ihre Gründung hätte sich die Krise an der Ruhr weiter zugespitzt. Allerdings mußte ein politischer Preis dafür gezahlt werden. Die Gewinne wurden damals privatisiert und die Verluste sozialisiert. Die Altgesellschaften konnten nämlich ihren gewinnträchtigen Boden- und Beteiligungsbesitz behalten, und der Staat mußte die maroden Schachtanlagen übernehmen, um Arbeitsplätze und die heimische Energiereserve zu sichern. Aber ausgangs der sechziger Jahre war eine andere Lösung nicht möglich.

Der ersten Regierung Kühn/Weyer von 1966 folgten bis 1978 noch zwei weitere. Die Krise der Montanindustrie wurde gemildert, aber nicht gemeistert. Die Koalition modernisierte und liberalisierte das Schul- und Bildungswesen und gründete weitere neue Hochschulen. Die Verwaltung des Landes wurde moderner und den Erfordernissen eines Industriestaates angepaßt, der Umweltschutz intensiviert. Aber es zerplatzten auch viele Blümenträume, die im Reformdrang der späten sechziger und frühen siebziger Jahre beispielsweise im „Nordrhein-Westfalen-Programm '75“ Regierungsziel geworden waren. Gleichzeitig nahm die Verschuldung des Landes rapide zu, und das war auch eine Folge der Kohlesubventionen und des nicht von heute auf morgen zu bewältigenden Umbaus des Landes von einer alten in eine moderne Industrieregion.

Dieser Beitrag beruht auf vier Sendungen, die im Dezember 1986 in „Forum West“ im Dritten Hörfunkprogramm des WDR ausgestrahlt worden sind. Weil die meisten Originalquellen noch nicht zugänglich sind, wurde neben ersten wenigen wissenschaftlichen und Zeitzeugen-Veröffentlichungen vor allem auf Zeitungsberichte, Plenarprotokolle sowie auf Tondokumente des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) zurückgegriffen, die archivalisch erschlossen und benutzbar sind. In ihren Memoiren haben Franz Meyers (gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens, Düsseldorf 1982, S. 543–560) und Heinz Kühn (Aufbau und Bewährung. Die Jahre 1945–1978, Hamburg 1981, S. 185–203) die Landtagswahl und den Regierungswechsel nur relativ kurz behandelt. Die Rede von Kühn im Landtag nach der Landtagswahl vom 10. Juli 1966 und seine erste Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 sowie seine Rede vor den demonstrierenden Bergleuten in Dortmund-Huckarde sind neuerdings abgedruckt in: Holger Börner (Hrsg.), Heinz Kühn: Stets auf dem Weg, niemals am Ziel. Reden und Aufsätze 1932 bis heute, Bonn 1987, S. 113–138 und 207–212.

Wolf Bierbach

Dirk Bavendamm, Bonn unter Brandt. Machtwechsel oder Zeitenwende, Wien–München–Zürich 1971
Wolf Bierbach, Fritz Steinhoff, in: Walter Först (Hrsg.), Aus dreißig Jahren. Rheinisch-Westfälische Politiker-Porträts, Köln–Berlin 1979, S. 252–270

Gerhard Brunn, „Jungtürken“ an die Macht: Die sozialliberalen Koalitionen von 1956 und 1966 in Düsseldorf – Vorspiel für die Bundespolitik?, in: G. Brunn (Hrsg.), Neuland. Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46, Essen 1986, S. 123–136

Walter Först, Kleine Geschichte Nordrhein-Westfalens, Düsseldorf 1986

Friedrich Keinemann, Fritz Steinhoff, Oberbürgermeister von Hagen und Nordrhein-Westfälischer Ministerpräsident, Hagen 1975

Wolfram Köhler, Die „Aera Meyers“ in Nordrhein-Westfalen, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen (= Rheinland–Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3), Wuppertal 1984, S. 329–342

Heinz Nehrling, Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen, Essen 1970